

REZENSIONEN

KATHARINA VOLK

Anıl Al-Rebholz. Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei. Intellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980.

CHARLOTTE BINDER

Die Soziologin Anıl Al-Rebholz befasst sich in ihrer Dissertation mit dem Diskurs um Zivilgesellschaft in der heutigen Türkei. Aufgrund der Intensität und Verbreitung, mit der der Zivilgesellschaftsbegriff innerhalb der Demokratisierungsdebatte die Diskussion in der Türkei bestimme, versucht die Autorin durch eine kritische Analyse dieses Zivilgesellschaftsdiskurses, den umfangreichen strukturellen Wandel in der Türkei seit den 1980er Jahren zu erklären.

So untersucht Al-Rebholz mittels eines diskursanalytischen Ansatzes, orientiert an Michel Foucaults Konzeption von Diskurs- und Wissenspraxen zur Erzeugung von gesellschaftlichen Wahrheits- und Machteffekten, theoretisch und empirisch die Bedeutungen dieses Diskurses in der Türkei. Zivilgesellschaftliche Theorien, hier insbesondere Antonio Gramscis Konzeption von Staat und Zivilgesellschaft sowie sein damit zusammenhängender Begriff der Hegemonie und die Rolle der Intellektuellen für gesellschaftliche Entwicklungen bilden neben Foucaults Überlegungen den theoretischen Rahmen von Al-Rebholz Analyse. Ihr Forschungsfokus liegt dabei auf den Diskurspraktiken verschiedener Gruppen in der Zivilgesellschaftsdebatte, die seit Mitte der 1980er Jahren auf akademischer, medialer, politischer und sozialer Ebene geführt wird.

Der Militärputsch vom 12. September 1980 markiert für Al-Rebholz einen „gesellschaftlichen Wendepunkt“ (18), der die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen in der Türkei tiefgreifend verändert habe. Während die oppositionelle politische Szene in der Türkei vor 1980 von linken Bewegungen dominiert worden sei, beschreibt Al-Rebholz nach 1980 das Aufkommen der Neuen Sozialen Bewegungen als Akteure der Zivilgesellschaft und fragt auf Grundlage der von ihr erhobenen empirischen Daten nach deren „gegenhegemoniale(r) Praxis“ (27).

Nach der theoretischen und historischen Verortung des Zivilgesellschaftsdiskurses in den ersten Kapiteln bilden die politisch-diskursiven Praxen der türkischen Frauenbewegung, der kurdischen Frauenbewegung, der liberalen Bewegung sowie der Menschenrechtsbewegung den empirischen Untersuchungsgegenstand der Arbeit.

Literaturrecherchen und Teilnehmende Beobachtungen in Nichtregierungsorganisationen und Vereinen ergänzen die Interviews, die Al-Rebholz mit bekannten Intellektuellen und/oder Repräsentant_innen der vier oppositionellen Gruppen zwischen 2001 und 2006 durchführte. Nach der ausführlichen Verortung und Einzeldarstellung dieser Interviews analysiert die Autorin fallübergreifend die von ihren Interviewpartner_innen verwendeten Begriffe von Staat, Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit und ihre jeweiligen Definitionen von oppositioneller Politik.

In einigen Interviews wird dabei zwar eine feministische Kritik an der dichotomen Trennung zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Bereich formuliert; das Bild des omnipotenten türkischen Staates wird innerhalb des feministischen Diskurses in der Türkei jedoch nicht dekonstruiert. Dieser Diskurs konzeptionalisiert die öffentliche Sphäre als Bereich der Meinungsbildung und die private Sphäre als Institution der Familie und versucht, mittels „Frauen-Empowerment und Sensibilisierung der öffentlichen Sphäre“ (311) Systemkritik bezüglich Kapitalismus und Patriarchat zu üben und damit die Gesellschaft zu transformieren. Durch die „Erweiterung des öffentlichen politischen Diskurses, in dem die bisher nicht thematisierten Probleme und Gesellschaftsbereiche formuliert und zur Sprache gebracht wurden“ sowie durch die „Transformation der politischen Kultur, durch die neue Themen mit ganz neuen Methoden und Formen politisiert und ausgedrückt wurden“ habe die Frauenbewegung zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und zum Demokratisierungsprozess in der Türkei beigetragen (195).

Al-Rebholz bezieht die liberale Bewegung und die Menschenrechtsbewegung in ihre Analyse zwar partiell mit ein, thematisiert sie in den einzelnen Kapiteln im Verhältnis zu den Frauenbewegungen jedoch meist nur am Rande. Eine Konzentration auf die türkischen und kurdischen Frauenbewegungen sowie mehr Bezüge zwischen Theorie und Empirie wären deshalb wünschenswert gewesen und hätten auch geholfen, ihre anspruchsvolle Argumentation besser nachzuvollziehen. Kritisiert werden muss auch, dass die Daten in der bereits 2008 abgeschlossenen Dissertation für die aktuelle Publikation häufig nicht aktualisiert wurden. So setzt sich Al-Rebholz zum Beispiel auch nicht mit der Studie von Bihter Somersan – die ihre Dissertation zu einem vergleichbaren Thema verfasste und 2011 veröffentlicht hat – auseinander. Mit theoretischen Begriffen und Konzepten geht die Autorin sorgsam um, leistet immer entsprechende Definitionen und Verortungen in der jeweiligen Wissenschaftsdisziplin.

Al-Rebholz ermöglicht mit ihrer Publikation einen Zugang zu akademischen und politischen Debatten in der heutigen Türkei – gerade auch für nicht-türkisch sprachige Leser_innen. Es gelingt ihr besonders durch die detaillierte Darstellung der Interviews, ein anschauliches Bild von oppositioneller Politik in der Türkei zu entwerfen.

Anil Al-Rebholz, 2013: Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei. Intellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980. Bielefeld: transcript Verlag. Reihe Kultur und soziale Praxis, 406 S., ISBN 978-3-8376-1770-2.

Maria Wersig

Der lange Schatten der Hausfrauenehe. Zur Reformresistenz des Ehegattensplittings

IRENE DINGELDEY

Das Ehegattensplitting beinhaltet eine Steuerermäßigung gegenüber Ledigen, die bei einer Ungleichverteilung der individuellen Einkommen wirksam wird und aufgrund der Steuerprogression mit der Höhe der Einkommen steigt. Aktuell werden die entsprechenden Steuervorteile aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes auf einen neuen Personenkreis ausgeweitet, so dass nun auch die eingetragenen LebenspartnerInnenschaften davon profitieren können. Die Parteien haben das entsprechend zu erwartende Urteil zum Anlass genommen, im Bundestagswahlkampf unterschiedliche Vorschläge zur nachhaltigen Reform zu unterbreiten: Während die CDU/CSU wie auch die FDP in Form einer Art Familiensplitting zusätzliche Steuererleichterungen für Familien mit Kindern einführen wollen, setzen SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf den Ersatz des Splittings durch einen Steuerfreibetrag für PartnerInnen – allerdings mit unterschiedlicher Applikation in Bezug auf bereits bestehende oder neu geschlossene Ehen sowie die Höhe des Haushaltseinkommens.

Für ein besseres Verständnis der verschiedenen Vorschläge und ihrer Verteilungswirkung wie auch für die Beurteilung der historischen Kontinuität der Argumente und Rechtfertigungen bietet die von Maria Wersig am Fachbereich Erziehungs- und Sozialwissenschaften der Universität Hildesheim verfasste Dissertation eine solide und umfassend recherchierte sowie durch ExpertInneninterviews angereicherte Grundlage. Der Anspruch der Arbeit ist es, eine transdisziplinäre wissenschaftliche Untersuchung zu den Auseinandersetzungen um das Ehegattensplitting seit dessen Einführung in den 1950er Jahren zu liefern. Die zentrale Fragestellung lautet, welche Faktoren bisher dazu beitrugen, eine Reform des Ehegattensplittings in Deutschland zu erschweren bzw. zu verhindern (17). Neben dem politischen Prozess zur Einführung des Ehegattensplittings wird vor allem das Scheitern einer Reform unter der Rot-Grünen Bundesregierung in der 14. Legislaturperiode detailliert untersucht. Die Publikation analysiert rechtliche Rahmenbedingungen sowohl mit Blick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes als auch hinsichtlich der juristischen Definition der Ehe als Unterhaltsgemeinschaft wie auch den damit einhergehenden, mittlerweile selektiven Familienbegriff. Gleichzeitig berücksichtigt Wersig ausführlich die Verteilungswirkungen der mit den Reformvorhaben eingebrachten alternativen Steuermodelle sowie die Anreizwirkungen in Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Frauen bzw. die Einverdienernehe. Ferner werden die politischen Faktoren zur Erklärung der Reformresistenz analysiert. In diesem Zusammenspiel beinhaltet

die vorgelegte Untersuchung ein umfassendes Bild dieses sehr komplexen Regelungsgegenstandes.

Im Ergebnis hebt die Analyse darauf ab, dass die Einführung des Ehegattensplittings 1958 nicht unumstritten war, sondern als historischer Kompromiss zu sehen ist. Dabei wurden – so die Autorin – geschlechterpolitische Interessen im Sinne einer Rückführung der Ehefrauen mittels des Steuerrechts in den Haushalt ebenso kontrovers diskutiert wie die Verteilungswirkung im Sinne einer Privilegierung der Besserverdienenden (144). Aktuelle Interpretationen, welche demografische Argumente oder die Steuervereinfachung für Familien als Gründe für die Einführung des Ehegattensplittings nennen, werden entkräftet. So sei die Einführung teuer, kompliziert und aufwendig gewesen. Zurückgewiesen wird auch das Argument, die Einführung des Splittings in seiner realisierten Form sei aufgrund des Verfassungsgerichtsurteils von 1957 alternativlos gewesen. Vielmehr habe Handlungsspielraum auch für andere Modelle der gemeinsamen Veranlagung bestanden (146, 151).

In der weiteren Analyse hebt die Autorin die Verteilungswirkung des Ehegattensplittings und die herrschende Verfassungsinterpretation als Mechanismen der Kontinuitätssicherung hervor (163ff). Dabei habe die Veränderung des Steuertarifs dazu beigetragen, dass eine Regelung, von der zunächst nur wenige Ehepaare profitierten, nunmehr Einverdienerehepaaren mit ungleichen Einkommen generell Steuervorteile verschafft – was eine Reform erschwere. Gleichzeitig werde der Verweis auf potentielle Urteile des Bundesverfassungsgerichtes vielfach genutzt, um die Reformagenda im Sinne des Status quo zu beeinflussen, obgleich die Rechtslage faktisch keine Unumkehrbarkeit der Zusammenveranlagung von Ehepaaren entlang des Splittingtarifs beinhalte (164).

Vor diesem Hintergrund nimmt Wersig schließlich das im Koalitionsvertrag der rot-grünen Regierung 1998 verankerte Ziel einer Kappung des Ehegattensplittings bzw. dessen Scheitern im Reformprozess bis 2002 ausführlich in den Blick. Entsprechend gilt nicht die – wie in zahlreichen Policy-Analysen als Hindernis für Wandel angenommene – verlorene Bundesratsmehrheit noch das Verfassungsrecht als Grund für ein Scheitern. Als zentrales Reformhindernis wird vielmehr der fehlende einheitliche Reformwille innerhalb der Koalition selbst gesehen. So seien die Verteilungswirkungen bzw. die Rücknahme von Steuervorteilen für Einverdienerehen vor allem bei den Steuerpolitikern der SPD ein Grund gewesen, die Reform des Splittings zu verhindern. Entsprechend wird insbesondere das Finanzministerium als Akteur hervorgehoben, der für ein Bewahren des Ehegattensplittings eintrat (211). Ferner sieht Wersig die Vermittlung der komplexen Verteilungswirkungen des Ehegattensplittings und der diskutierten Reformmodelle als Hemmnis für die Kommunikation und die Unterstützung der Reform durch die breite Öffentlichkeit, so dass auch wahltaktische Erwägungen für ein Scheitern verantwortlich waren.

Bezieht man die soweit dargestellten Ergebnisse nun auf die aktuelle Reformdebatte, sollte sich die Hoffnung der Reformbefürwortenden letztlich – wie auch von der Autorin angedeutet – vor allem auf den fortgesetzten Wandel der Geschlechterrollen,

Familienstrukturen und Erwerbsmuster konzentrieren. Demnach wäre eine Reform des Ehegattensplittings dann wahrscheinlich, wenn nur noch wenige Paare davon profitieren, da die Mehrheit bereits ohnehin das Zweiverdienermodell praktiziert. Insgesamt hat Maria Wersig mit dieser Publikation damit einen längst fälligen, umfassenden Überblick zu den Entstehungsbedingungen und Reformresistenzen des Ehegattensplittings vorgelegt, der sowohl für die Politikwissenschaft und die Wirtschaftswissenschaften als auch das normative Verständnis in den Rechtswissenschaften instruktiv sein dürfte.

Maria Wersig, 2013: Der lange Schatten der Hausfrauenehe. Zur Reformresistenz des Ehegattensplittings. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, 249 Seiten, ISBN 978-3-8474-0085-1.

Dagmar Fink, Birge Krondorfer, Sabine Prokop und Claudia Brunner (Hg.)

Prekarität und Freiheit? Feministische Wissenschaft, Kulturkritik und Selbstorganisation

MAGDALENA FREUDENSCHUSS

Die Publikationen zu Prekarität sind nicht zuletzt mit Bezug auf das wissenschaftliche und künstlerische Feld in den letzten Jahren zahlreich gewesen. Der Verband feministischer Wissenschaftlerinnen (VfW) in Österreich hat die Publikationslandschaft zu diesem Thema um einen Sammelband bereichert, der auf bestechende Weise die Reflexionen zum viel diskutierten Spannungsfeld zwischen Prekarität und Freiheit in Inhalt und Form feministisch erweitert. Die Bereicherung liegt insbesondere in der Gesamtkomposition des Bandes. Diese mag als spannendes Beispiel für eine feministische Wissensproduktion gelten, die ihr eigenes Schaffen und dessen strukturelle Bedingungen mit analytischer Schärfe kombiniert.

Die Herausgeberinnen haben sich dabei nicht für die sklavische Unterwerfung unter ein standardisiertes Format wissenschaftlicher Textproduktion entschieden, sondern Raum für eine Vielzahl an Zugangsweisen eröffnet, die eine sicht- und nachvollziehbare Verschränkung von eigener Erfahrung und kritischer Auseinandersetzung mit den entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse erlauben. *Uli Aigner* und *Jo Schmeiser* verknüpfen so – um nur ein Beispiel zu nennen – ihre eigenen Erfahrungen mit ihren künstlerisch-politisch-theoretischen Reflexionen in einem rekonstruierten Gespräch, in dem sie auch die Veränderungen in den gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen, hier konkret in der Förderlandschaft im Kulturbereich, the-

matisieren. Oder auch: *Esther Hutfless*‘ Text zu „Prekarität und Freiheit zwischen Selbst-Organisation und Gemeinschaft“ (200), der auf zwei Argumentationsebenen operiert, die sich stilistisch und visuell voneinander abheben und die Lesenden zu reflektierenden Sprüngen auffordern.

Utopische Momente, eigene Erfahrungszusammenhänge und Arbeitsweisen erhalten in diesem Band gleichwertig Aufmerksamkeit. Spannend für die Lesenden ist ein weiteres Detail dieser Nicht-Standardisierung: Fast alle Autorinnen erläutern in einer Fußnote die von ihnen gewählte Variante geschlechtersensibler Schreibweisen. Dabei entsteht eine Subtextebene, die das Panorama an Argumenten für die ein oder andere Schreibweise verdeutlicht und quasi en passant illustriert, wie Differenzen innerhalb feministischer Positionen Raum finden und ausgehalten werden können. Diese von den Herausgeberinnen, wie im Vorwort erläutert, bewusst angestrebte Offenheit ermöglicht damit auf unaufdringliche Weise einen Dialog über sprachpolitische Strategien und Positionierungen zwischen Feministinnen. So löst der Sammelband auf dieser Ebene ein, was *Miriam Wischer* in ihrem Beitrag zu Kollektivität im Kontext von Prekarisierung in Bezug auf diese neue Situation als „Verschiedenheit bezeugen“ (240) einfordert.

Das Verhältnis von Prekarität und Freiheit wird über die 28 Beiträge des Bandes hinweg als komplexes erkennbar, innerhalb dessen verschiedene Erwerbsarbeitskonstellationen und -verhältnisse, soziale Zugehörigkeiten und Zuordnungen ebenso wie Geschlechterverhältnisse relevant werden.

Im ersten, vorrangig analytischen Teil stehen Arbeitsverhältnisse, hegemoniale Organisations- und Denkstrukturen und Perspektiven alternativer Organisation auf dem Prüfstand. Dabei bieten sich die hier versammelten Texte als übersichtliche Einführungen in zentrale Stränge der feministischen Fachdebatten zu Prekarität an. So untersucht *Monika Mokre* das bedingungslose Grundeinkommen vor dem Hintergrund der Reflexion des Arbeitsbegriffs auf seine gesellschaftsverändernden Potentiale. *Irmtraud Voglmayr* wirft einen Blick auf Alter und den Wandel gesellschaftlicher Lesarten zu dieser Lebensphase im Verhältnis zur Gesamtfragestellung des Buches. *Elisabeth Mayrhofer* diskutiert die Ambivalenzen von Selbständigkeit in prekären Zeiten. *Frigga Haug* bringt ihr Konzept der Vier-in-Einem-Perspektive als alternative Entwicklungsschiene ins Spiel. Die transnationale Dimension prekärer Verschiedenheiten bezeugt *Luzenir Caixeta* in Bezug auf Mechanismen globaler Ausbeutung im Rahmen von Care-Arbeit. Sie diskutiert dabei auch die Möglichkeiten von Allianzen zwischen Migrant_innen und der Mehrheitsgesellschaft zugerechneten Menschen. Work-Life-Balance (*Beatrix Bender*) und die spezifische Situation von Kulturarbeit in Österreich (*Juliane Alton*) sind weitere Stichworte, mit denen dieser Buchteil in die Auseinandersetzungen um Prekarität und Freiheit einführt. Der Blick auf die spezifische Situation von Migrant_innen in Österreich, wie ihn *Petja Dimitrova* in ihrer Auseinandersetzung mit dem künstlich-kreativen Subjekt als Nicht-Staatsbürgerin entwirft, verknüpft sich auch in diesem Beitrag mit der Frage nach der künstlerischen Politisierung dieser gesellschaftlichen Verhältnisse.

Teil 2 des Bandes fokussiert dagegen spezifische „prekäre Lagen und Kritiken“ in den „Organisationsverhältnissen von Wissenschaft“ (109). Auch hier liefert das Buch Vielfalt: in den Zugangsweisen und Schreibstilen ebenso wie in Bezug auf die Themen. Deutlich wird in den Beiträgen von *Michaela Ralser* zur marginalisierten Position weiblicher Stimmen in der Wissenschaftslandschaft und von *Renate Fleisch* über die Verbindung von feministischer Theorie und Praxis, wie sehr sich die aktuell so vehement artikulierten Frage von Prekarität und Freiheit gleichzeitig auch in einer Kontinuität zu feministischen Diskussionen über die Jahrzehnte hinweg verstehen lässt. Dass diese Auseinandersetzung von feministischen Wissenschaftler_innen mit ihren Arbeitsverhältnissen eng verwoben sind mit Anerkennungsverhältnissen (*Michi Ebner*), Verausgabung und Leidenschaft (*Sabine Prokop*), Institutionalisierungsprozessen (*Katharina Prinzenstein*) sowie mit Selbstbestimmung und Demokratie (*Birge Krondorfer*), zeigen die anderen Beiträge dieses Abschnitts.

Fundgrube ist der Band auch im dritten Teil, der sich auf Selbstorganisationen konzentriert. *Isabell Lorey* bietet einen theoretisch fundierten Zugang und diskutiert Virtuosität und neoliberale Öffentlichkeit als die aktuellen Schlüsselbegriffe für Selbstorganisation. Die folgenden Texte bewegen sich stärker in Richtung freiheits- und befreiungsorientierter Praxen: *Dagmar Fink*, *Susanne Lummerding* und *Katja Wiederspahn* erläutern im Gespräch ihre Erfahrungen als Mitglieder des Übersetzungskollektivs *gender et alia*. *Hanna Hacker* setzt sich mit der Bedeutung von Freiheit in der zweiten Frauenbewegung auseinander. *Karin Rick* interessiert sich für die Thematisierung von Sex im Schreiben von Frauen und den feministischen Kämpfen um Freiheiten der Lust. Auf Konzepte solidarischer Ökonomie und alternativer Entscheidungsverfahren nimmt *Utta Isop* Bezug. Über die Grenzen Europas hinaus trägt *Barbara Eder* die Debatte um Widerstand und Prekarität, indem sie sich mit der Darstellung des Widerstands von Frauen in Bezug auf die Aufstände und Umwälzungen im arabischen Raum auseinandersetzt.

Claudia Brunners abschließender Beitrag, der die Arbeit des Verbands feministischer Wissenschaftlerinnen rekapituliert, macht schließlich noch einmal den spezifischen Charakter dieses Sammelbandes deutlich: Er versteht sich – und transportiert in Form und Inhalt diesen Gedanken auf überzeugende Weise – als Argument für feministische Wissenschaft, als aktiver Reflexionsraum feministisch-politischer Interventionen, als Ort der Vielfalt und schließlich – im klassischen Sinne – als Sammelband für wissenschaftlich relevante Beiträge.

Dagmar Fink, Birge Krondorfer, Sabine Prokop, Claudia Brunner (Hg.), 2013: *Prekarität und Freiheit? Feministische Wissenschaft, Kulturkritik und Selbstorganisation*. Münster: Westfälisches Dampfboot. 281 Seiten. ISBN: 978-3-89691-929-8

Barbara Holland-Cunz

Gefährdete Freiheit. Über Hanna Arendt und Simone de Beauvoir

BRIGITTE RAUSCHENBACH

Der Freiheitsindex des John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung bescheinigt den Deutschen, liberaler geworden zu sein, Marktliberalismus aber zunehmend skeptisch zu sehen. Sicherheitsbedürfnisse und die Erwartung sozialer Gleichheit haben Vorrang vor Freiheitswünschen, und einer Noch-Regierungspartei, die mit Freiheit wirbt, läuft erkennbar das Wahlvolk davon.¹ Empirisch gesehen ist also die Frage berechtigt, ob Freiheit zumal in Zeiten der Krise an Bedeutung verliert. Nur was ist die Bedeutung von Freiheit? Barbara Holland-Cunz, die im Titel ihres neuen Buches von gefährdeter Freiheit spricht, akzeptiert die Gleichsetzung von Neoliberalismus und Freiheit jedenfalls nicht. Schließlich prägen alternativlose Lösungen das Tagesgeschäft einer marktkonform ausgerichteten Demokratie. Demokratiekonforme Freiheit sähe wohl anders aus, nur wie? Im Unterschied zu den Novizen des Zeitgeists sucht *Holland-Cunz* in der Ideengeschichte und dort bei zwei starken Frauen Aufschluss über diese Frage.

Gefährdete Freiheit. Über Hanna Arendt und Simone de Beauvoir ist als ideengeschichtlich argumentierendes ein ebenso aktuelles wie feministisch originelles Buch, das vor dem Hintergrund eines Tableaus der modernen Freiheitsbegriffe zwei Denkerinnen zusammenbringt, von denen wir wissen, dass sie sich trotz eines gesteigerten Interesses an der gemeinsamen Welt und ihrer provokanten Einlassungen zu Streitfragen des 20. Jahrhunderts füreinander persönlich kaum interessierten. Gleichwohl werden Hannah Arendt und Simone de Beauvoir bei einer vergleichenden Lektüre ihrer Freiheitskonzepte ungeachtet zahlreicher Differenzen posthum zu Geistesverwandten.

Holland-Cunz ist keine Autorin der umschweifenden Worte. Ihr Buch ist schlank, der Gedankengang erfolgt konzentriert und in gut nachvollziehbaren Schritten. Es gibt klare Fragen, textimmanent entwickelte erste Antworten werden durch weitere Überlegungen aber auch hinterfragt, was die Lektüre zu einem fruchtbaren Lernprozess macht. Kernstück der Arbeit bildet dabei die Analyse der Hindernisse für die komplementären Visionen von demokratischer Freiheit und selbstbestimmten Lebensentwürfen. Für Beauvoir sind es vor allem verängstigte rollenkonforme Frauen, für Arendt sind es gleichgeschaltete weltlose Massen, die mit Freiheit nichts anfangen können. Obwohl dies eine Folge von Herrschaftsverhältnissen ist, sind Beauvoir wie Arendt von misogynen und elitären Denkfiguren nicht frei.

Holland-Cunz knüpft an ihre früheren Untersuchungen zum Natur- und Geschlechterverhältnis in Emanzipationstheorien an, wenn sie zeigt, wie ambivalent Arendt

und Beauvoir mit der reproduktiven Seite der menschlichen Gattung umgehen.² Nicht alle LeserInnen werden mit der Lesart einer immensen „Feindseligkeit“ (95) von Arendt gegenüber dem Zwang der Natur und der zugeneigteren Art einer Anerkennung der leiblichen Basis bei Beauvoir zwar einverstanden sein. Im Endeffekt bestätigt die Sorgfalt, mit der Holland-Cunz ihre Autorinnen liest und reflektiert, aber selbst abweichende Lektüren. Dabei ist das Kapitel über die „Anthropologie der Unfreiheit“ auch darum so wichtig, weil die Abwertung des Biologischen im Feminismus keineswegs ausgestanden ist.

Naheliegend und doch etwas engführend finde ich allerdings die abschließende Überlegung, ob Arendt wie Beauvoir an die Existenzphilosophie ihrer Zeit gerade als Frauen besonders gut anknüpfen konnten und ihr dann eine ihrer weiblichen Lebenserfahrung entsprechende Prägung verliehen. Immerhin sind Existenzphilosophie und französischer Existenzialismus Ausdrucksformen einer umfänglichen antiessentialistischen und antirationalistischen Erneuerung der Philosophie, die weit ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Tatsächlich sind Denkbewegungen hin zu den Dingen und Menschen für jede Art der sozialen Emanzipation von Belang, wovon Arendt und Beauvoir zu Beginn des 20. Jahrhunderts bereits profitierten. Aber auch die von Holland-Cunz in feministische Bahnen gelenkte Ausformulierung eines sozialen Konzeptes von Freiheit, das die wechselseitige Anerkennung der Freiheit des/der anderen sowie Handeln als Sprechen im Dialog wie im Streit zur Voraussetzung hat, lässt sich sowohl bei Beauvoir, die von der französischen Lesart von Hegels Herr-Knecht-Dialektik beeinflusst ist, als auch bei Arendt, deren Ehemann Heinrich Blücher ein marxistisch geschulter Bewunderer von Rosa Luxemburg und Antistalinist war, weder primär differenzfeministisch noch allein auf dem Hintergrund der Existenzphilosophie und vor allem nicht ohne die prägenden Erfahrungen von Nazismus, Emigration und Résistance erklären.

Gleichwohl ergänzen diese Einwände allenfalls und bekräftigen einen feministisch mit Bindung assoziierten intersubjektiven Freiheitsbegriff, der über den Einschluss von Frauen und ihrer lebensweltlichen Erfahrungen längst hinausgeht. Wer anderen die Anerkennung versagt, kann seiner eigenen Freiheit nicht sicher sein. Es ist offensichtlich, dass in einer globalisierten Welt sich damit zugleich weitere Dimensionen gefährdeter Freiheit auftun.

Barbara Holland-Cunz, 2012: *Gefährdete Freiheit. Über Hanna Arendt und Simone de Beauvoir*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, 149 Seiten, ISBN 978-3-86649-457-2.

Anmerkung

- 1 John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung e.V. an der SRH Hochschule Heidelberg: Wie halten es die Deutschen mit der Freiheit? Freiheitsindex Deutschland 2012: <http://www.hochschule-heidelberg.de/de/fakultaet-fuer-wirtschaft/john-stuart-mill-institut-fuer-freiheitsforschung/>.
- 2 Holland-Cunz, Barbara, 1994: *Soziales Subjekt Natur. Natur- und Geschlechterverhältnis in emanzipatorischen politischen Theorien*, Frankfurt/ New York: Campus.

Leslie A. Schwindt-Bayer

Political Power and Women's Representation in Latin America

TATJANA MARIKA RODE

Im Zuge der lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesse in den 1980er Jahren ist die politische Partizipation von Frauen in vielen Ländern Lateinamerikas dramatisch angestiegen (3f.). Vor diesem Hintergrund greift Schwindt-Bayer in ihrem Buch auf die Überlegungen der Repräsentationstheoretikerin Hannah F. Pitkin (1967) zurück. Die weit gefasste Theorie Pitkins basiert auf vier Dimensionen politischer Repräsentation (formal, deskriptiv, substanziell und symbolisch). Im Gegensatz zu vielen anderen Studien der Repräsentationsforschung integriert Schwindt-Bayer alle Dimensionen in ihre Analyse. Sie zeigt außerdem, in welcher Weise sich die vier Repräsentationsformen gegenseitig beeinflussen. Anhand von quantitativen Untersuchungen und qualitativen Interviews hat es sich die Autorin zum Ziel gemacht, die theoretischen Ansätze Pitkins erneut zu einem Gesamtbild zusammenzuführen. Um der umfangreichen Theorie Pitkins gerecht zu werden, entwickelt Schwindt-Bayer vier zentrale Fragestellungen:

Im ersten Teil der Untersuchung (Kapitel 2) geht die Autorin der Frage nach, weshalb die weibliche Repräsentation in Lateinamerika angestiegen ist und warum die Zunahme an Frauen in der Politik innerhalb der Region so stark variiert. Dabei zeichnet Schwindt-Bayer den Zusammenhang zwischen formaler (Ausgestaltung des Wahlrechts und der Genderquoten) und deskriptiver Repräsentation (Frauenanteil in der Politik) nach. Neben kulturellen und sozioökonomischen Veränderungen haben insbesondere formal-institutionelle Mechanismen Einfluss auf die deskriptive und variiierende Repräsentation von Frauen in Lateinamerika (55). Schwindt-Bayer skizziert, inwiefern das Wahlsystem, die Wahlliste, die Wahlkreisgröße, die Party Magnitude (Anzahl an Sitzen, die eine Partei in einem spezifischen Wahlkreis voraussichtlich gewinnen kann) sowie das Design von Geschlechterquoten die Präsenz von Frauen in der Politik bestimmen. Mit Hilfe von quantitativen Untersuchungen in 18 lateinamerikanischen Staaten zeigt sie, dass Verhältniswahlsysteme in Verbindung mit großen Wahlkreisen und einer hohen Party Magnitude die deskriptive Repräsentation von Frauen in Lateinamerika fördert (55f.). Auch wird verdeutlicht, dass Länder mit „starken“ Genderquoten (z.B. Argentinien und Costa Rica), die einen großen Anteil von und spezifische Plätze für Frauen auf den Wahllisten einfordern sowie strenge Sanktionsmechanismen beinhalten, höhere Anteile an gewählten Frauen in ihren Parlamenten nachweisen als Staaten mit schwächeren Quotenregelungen (z.B. Dominikanische Republik und Ekuador) (57f.). Dieser Befund lässt sich allerdings nur in jenen Demokratien der Region nachweisen, die über geschlossene Wahllisten verfü-

gen. Staaten mit offenen Wahllisten hingegen haben – auch unter Anwendung starker Geschlechterquoten – niedrigere Frauenanteile in ihren Abgeordnetenhäusern. „Simply having a stronger quota does not guarantee more women in office“ (58).

Der zweite Teil (Kapitel 3-6) des Buches beschäftigt sich ausschließlich mit der substanziellen Repräsentation (*acting for*) von Frauen in Argentinien, Costa Rica und Kolumbien. Dabei geht die Autorin der Frage nach, inwiefern die politische Partizipation von Frauen die Politik der jeweiligen Staaten beeinflusst und verändert. Im Mittelpunkt steht daher, ob eine höhere weibliche Präsenz automatisch zu einer frauenfreundlicheren Politik und zu einer realen politischen Macht von Frauen führt. Im dritten Kapitel, das sich alleinig mit den politischen Präferenzen (*attitudes*) der MandatsträgerInnen beschäftigt, weist die Autorin nach, dass weibliche Abgeordnete – ohne dabei andere politische Themen und Wählergruppierungen zu vernachlässigen – Frauenthemen und Frauenrechte im weitaus höheren Maße priorisieren als männliche Mandatsträger (80f.). Damit ist es der Autorin gelungen, eine Verbindung zwischen deskriptiver und substanzieller Repräsentation herzustellen.

In den Kapiteln 4-6, die sich vorrangig mit dem politischen Verhalten (*behavior*) der ParlamentarierInnen befassen, geht Schwindt-Bayer darauf ein, inwieweit die politischen Präferenzen der weiblichen Abgeordneten sich in ein entsprechendes politisches Handeln umwandeln. Dabei ist Schwindt-Bayer zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen:

1) Die parlamentarische Arbeit weiblicher Abgeordneter in Argentinien, Costa Rica und Kolumbien bezieht sich – obgleich im unterschiedlichen Maße – vornehmlich auf frauenspezifische Themen. Sie bringen Gesetzesentwürfe zu Frauenthemen ein, behandeln in Plenardebatten frauenpolitische Anliegen, sind Mitglieder und Vorsitzende von Ausschüssen, die sich vorrangig mit frauenpolitischen Belangen auseinandersetzen und wenden sich speziell den Wählerinnen und Frauenthemen bei ihrer Arbeit im Wahlkreis zu (186). Eine verstärkte Präsenz von Frauen in der Politik führt demnach zu einer substanziell frauenfreundlicheren Politikgestaltung.

2) Im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen und im Widerspruch zu ihren eigenen politischen Präferenzen haben Mandatsträgerinnen (hierunter insbesondere in Argentinien) es schwerer, nichtfrauenspezifische Anliegen im Parlament zu vertreten. Sie bringen seltener nicht explizite frauenpolitische Gesetzesentwürfe ein, sind (wenn überhaupt) weniger in den mächtigen und „klassisch männlichen“ Ausschüssen vertreten und sind im Allgemeinen nur vereinzelt in parlamentarischen Führungspositionen bzw. im Vorstand zu finden (186). Der Autorin zufolge lässt sich diese „Marginalisierung von Frauen“ darauf zurückführen, dass die politischen Institutionen nach wie vor von Männern bestimmt werden (188ff.). Es ist den Frauen daher nur bedingt möglich, alle ihre politischen Präferenzen in reale politische Macht umzuwandeln. Lediglich in Kolumbien, wo Parteivorsitzende aufgrund einer personalisierten Wahlgesetzgebung nur begrenzt Einfluss auf die Abgeordneten haben, waren Frauen relativ erfolgreich, unterschiedliche politische Anliegen und Wählergruppen zu vertreten (129, 190f.).

Der letzte Analyseteil des Buches (Kapitel 7) geht auf die symbolische Repräsentation von Frauen in 14 Staaten Lateinamerikas ein und befasst sich mit der Frage, welche Folgen die politische Teilhabe von Frauen auf die repräsentative Demokratie hat. Schwindt-Bayer geht davon aus, dass eine höhere politische Repräsentation von Frauen zu positiveren Einstellungen gegenüber der repräsentativen Demokratie führt (158). Die Untersuchungen ergaben, dass es zwischen den Staaten der Region erhebliche Unterschiede in den Einstellungen gegenüber der Demokratie, der Korruption und den staatlichen Institutionen (Legislative und Exekutive) gibt (164). Trotz regionaler Unterschiede zeigt die Analyse,

(...) that more proportional electoral rules, the passage of women's issue policies, and the election of women (to a lesser extent), send positive signals to citizens that their governments are representing them and produce citizens who feel better about their government (184).

Damit verdeutlicht Schwindt-Bayer, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen den vier „pitkinschen“ Repräsentationsdimensionen gibt.

Insgesamt ist es der Autorin gelungen, die theoretischen Überlegungen Pitkins in ihrer Gesamtheit darzustellen. Die Untersuchung aller vier Repräsentationsdimensionen hat dazu beigetragen, ein einzigartiges und nahezu komplettes Bild von der institutionalisierten politischen Partizipation von Frauen in Lateinamerika wiederzugeben. Das Werk ist für die Repräsentationsforschung eine sehr wertvolle Quelle, denn obgleich sich das Buch auf Lateinamerika bezieht, können sowohl die Theorie als auch die neuen Erkenntnisse für Studien zur politischen Repräsentation (von Frauen) in anderen Ländern angewandt werden.

Die Wahl der Fallbeispiele hätte mit Hinblick auf die Intersektionalitätsperspektive u.U. anders ausfallen können. Gerade in einer sozial polarisierten und multiethnischen Region wie der lateinamerikanischen, wäre die Untersuchung der politischen Repräsentation indigener Frauen wünschenswert gewesen. Darüber hinaus basieren die Befunde weitestgehend auf statistisch-quantitativen Berechnungen. Die qualitativen Interviews spielen eine eher ergänzende Rolle. Auch geht die Autorin nicht auf die Problematik ein, dass es sich bei vielen lateinamerikanischen Staaten um präsidentielle Regierungssysteme handelt, in denen die Macht überwiegend in den Händen der Exekutive bzw. des Staatsoberhauptes liegt.

Leslie A. Schwindt-Bayer, 2010: *Political Power and Women's Representation in Latin America*. New York, Oxford University Press: 262 S., ISBN: 978-0-19-993866-7.

Heike Kahlert

Riskante Karrieren. Wissenschaftlicher Nachwuchs im Spiegel der Forschung

JASMIN TOUATI

Die vorliegende Metastudie ist aus dem Forschungsprojekt „Wissenschaftskarrieren: Orientierung, Planung und Beratung am Beispiel der Fächer Politikwissenschaft und Chemie“ hervorgegangen, das Kahlert von März 2008 bis Mai 2011 am Institut für Soziologie und Demographie an der Universität Rostock geleitet hat.

Die zentrale Fragestellung des Forschungsprojektes fokussiert die Statuspassage von der Promotion in die Postdoc-Phase und wie diese ausgestaltet sein müsste, damit „Frauen ihre Wissenschaftskarriere nach der Promotion fortsetzen (können)“ (5). Erforscht werden die individuellen, institutionellen und strukturellen Rahmenbedingungen, die für einen Abbruch oder eine Weiterführung der Wissenschaftskarrieren von Frauen relevant sind. Grundlage der Analyse bilden die Ergebnisse empirischer Studien, Auswertungen einschlägiger wissenschaftlicher Literatur und Sekundäranalysen statistischer Daten. Es wird eine Auswertung des aktuellen Forschungsstandes geliefert, deren Daten aus dem Jahr 2009 stammen und sich auf deutschsprachige Literatur beschränken.

Der Analyse von Wissenschaftskarrieren wird das Triaden-Modell von Rappe-Giesecke (2008) zugrunde gelegt.¹ Das Modell ist einerseits zur Reduktion von Komplexität geeignet und fördert andererseits die Fokussierung auf das Zusammenwirken verschiedener Faktoren. „Komplexe Phänomene werden so als das emergente Produkt des Zusammenwirkens von drei Faktoren erklärt“ (21). Die Bevorzugung eines Faktors zugunsten eines anderen Faktors wird vermieden.

Die Faktoren erster Ordnung werden dabei in jeweils drei weitere Unterfaktoren unterteilt: Person (Lebensgeschichte, psychisches und biophysisches System), Profession (Werdegang in der Profession, fachliche Qualifikation und *déformation professionnelle*) und Funktion (berufliche Laufbahn, formaler Status und Aufgaben, Belohnungen). Damit ist es möglich, die komplexen und differenzierten Wirkungszusammenhänge der genderspezifischen Wissenschaftskarrieren darzustellen und zu analysieren (27).

Der Studie wird zunächst ein Datenüberblick über mehrdimensionale Geschlechtersegregation vorangestellt. Deren Ergebnisse bestätigen, dass das deutsche Wissenschaftssystem nach wie vor sowohl vertikal als auch horizontal nach Geschlechtern segregiert ist:

Alles in allem müssen Frauen größere Hürden überwinden, um den Weg in eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen und diese erfolgreich verfolgen zu können (94).

Die Kapitel der Studie sind entlang der Trias der Basisfaktoren unterteilt. Im Kapitel über personenbezogene Aspekte von Wissenschaftskarrieren werden die Faktoren Lebensgeschichte, psychisches und biophysisches System auf ihre Bedeutung für Entscheidung und Ausgestaltung einer wissenschaftlichen Laufbahn analysiert. Dabei beschreibt Kahlert die „wissenschaftliche Persönlichkeit“ als grundlegend für das Funktionieren und für die Reproduktion von Wissenschaft. Sie orientiert sich an der männlichen Biographie mit bildungsnahem, westlich geprägtem kulturellem Hintergrund, begleitet von einer Partnerin, „die ihm den Rücken freihält“ (167). Die wissenschaftliche Person ist „selbstredend heterosexuell“ (167) und in psychosozialer Hinsicht mit allen Attributen ausgestattet, die mit Erfolg assoziiert werden (Selbstvertrauen, Selbstbewusstsein, Leistungsbereitschaft, Kraft, Ausdauer, Gesundheit etc.). Diese soziale Konstruktion der wissenschaftlichen männlichen Persönlichkeit ist äußerst wirkmächtig und beeinflusst Selbst- und Fremdbilder, Privat- und Berufsleben beider Geschlechter. Alle, die dieser Normierung nicht entsprechen, erfahren Nachteile bis hin zur Nichtanerkennung ihrer wissenschaftlichen Leistungen (167).

Bei den professionsbezogenen Aspekten identifiziert Kahlert drei Faktoren, welche die Wissenschaftskarriere maßgeblich beeinflussen. Dazu gehören erstens potentielle Unsicherheiten bezogen auf Inhalte, Gestaltung und Ziele von Prüfungen und Statuspassagen, die u.a. durch den aktuell hohen Reformdruck aufgrund der internationalen bildungspolitischen Rahmenbedingungen hervorgerufen werden.

Das deutsche Wissenschaftssystem kennt keinen dauerhaften Verbleib an Universitäten oder Forschungseinrichtungen unterhalb der unbefristeten Professur und damit der höchsten Stathierarchie. Dadurch ist die Entscheidung für eine wissenschaftliche Laufbahn mit einem hohen Risiko des „Scheiterns“ behaftet. Vorgesehen ist nur der Weg von der Promotion über die Habilitation bzw. der Juniorprofessur auf einen Lehrstuhl. Wobei die Optionen, außerhalb der Wissenschaft eine berufliche Karriere einzuschlagen, mit zunehmender Qualifizierung abnehmen. Das Risiko des „Scheiterns“ und des Ausstiegs aus der Wissenschaft, so betont Kahlert an verschiedenen Stellen der Arbeit, ist ausgesprochen hoch und muss auf jeder Qualifikationsstufe erneut abgewogen werden (201, 232, 248).

Als dritten Faktor, der mit der Professionalisierung in der Wissenschaft einhergeht, identifiziert Kahlert die *déformation professionnelle*, die darin besteht, dass eine Entgrenzung von Beruf und Privatleben den Wissenschaftsethos prägt. Potentielle ständige Verfügbarkeit und immerwährende wissenschaftliche Arbeit gehört zum Selbst- und Fremdbild von WissenschaftlerInnen.

Als wichtigste Ursache für die deutliche Unterrepräsentation von Frauen in Spitzenpositionen der Wissenschaft macht Kahlert daher im Basisfaktor Wissenschaft als Profession aus. Die Diskrepanz zwischen den extrem hohen individuellen Bildungsinvestitionen und den realen Chancen auf eine unbefristete Professur ist sehr hoch, denn die Anpassungsleistungen an den wissenschaftlichen Habitus sind für Frauen höher als für Männer, bei gleichzeitig nur brüchig möglicher Habitusausbil-

dung. Passen Frauen sich zu wenig an die erwarteten Verhaltensweisen an (z.B. dem dominanten Kommunikationsstil), entsprechen sie nicht dem wissenschaftlichen Habitus. Passen sie sich aber dem männlich geprägten, wissenschaftlichen Habitus an, irritiert ihr Verhalten ebenfalls – durch die Abweichung von der Norm des weiblichen Habitus. Frauen zahlen daher einen deutlich höheren Preis – „bei deutlich höherem Risiko des Scheiterns“ (232).

Auch beim dritten Basisfaktor, den funktionsbezogenen Aspekten des Karriereziels Professur, manifestiert sich die Geschlechtersegregation. Unsicherheit durch Befristungen, der Zwang zur Mobilität und schmale Zeitfenster für die Qualifizierungsphasen stellen große Belastungen dar. Dies gilt insbesondere für Frauen, da vor allem ihnen bei der Entscheidung für eine Familiengründung das Vereinbarkeitsmanagement zukommt. Formelle und vor allem informelle Altersgrenzen erschweren es zusätzlich, den erwarteten zeitlichen Vorgaben zu entsprechen (260). Hinzu kommen Benachteiligungen bei der Verteilung von Ressourcen wie Stellenangeboten, Stipendien, Angebote wissenschaftlicher Veröffentlichungen und Einführung bzw. Protektion in der Scientific Community. Hier wirken u.a. die von Krell 2001² nachgewiesenen Wahrnehmungsfehler wie der „Similar-to-me-Effekt“, der Hierarchieeffekt, der Klebereffekt oder allgemein geschlechterstereotype Zuschreibungen“ (295).

Die Studie bietet einen umfassenden Überblick zum aktuellen Stand der empirischen Forschung zum Thema Gendersegregation und der Reproduktion von Ungleichheiten auf dem Feld der Wissenschaftskarriere. Das zugrundeliegende Triadenmodell ermöglicht es, der Argumentation trotz der großen Anzahl von Ergebnissen empirischer Studien, Auswertungen einschlägiger wissenschaftlicher Literatur und Sekundäranalysen statistischer Daten zu folgen, ohne den Überblick zu verlieren. Wirkzusammenhänge und Mechanismen von Ungleichheiten und Reproduktion von geschlechtersegregierten Wissenschaftslaufbahnen werden nachvollziehbar dargelegt. Die Forschungsdesiderate bieten zudem vielfältige Anknüpfungspunkte für weiteren wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn.

Der blinde Fleck der Studie besteht m.E. darin, dass die gängige Hierarchisierung im deutschen Bildungssystem mit der unbefristeten Professur als einzig möglicher Krönung der Karriere unhinterfragt als Norm übernommen wird. Das Ausscheiden aus der Universität oder einer Forschungseinrichtung wird explizit als „Scheitern“ der wissenschaftlichen Laufbahn betrachtet. Damit wird unbeabsichtigt eine normative Abwertung von WissenschaftlerInnen vorgenommen, die sich für eine (möglicherweise wissenschaftliche) Karriere außerhalb der Universität oder einer Forschungseinrichtung entschieden haben – also der überwiegenden Mehrheit der Postdocs.

Heike Kahlert, 2013: *Riskante Karrieren. Wissenschaftlicher Nachwuchs im Spiegel der Forschung*. Opladen, Berlin; Toronto: Verlag Barbara Budrich. 350 S., ISBN 978-3-86649-397-1.

Anmerkungen

- 1 Das diesem Band strukturierend zugrunde liegende Triadenmodell wurde zuerst vorgestellt von Kornelia Rappe-Giesecke (2008): Triadische Karriereberatung. Die Begleitung von Professionals, Führungskräften und Selbständigen. Bergisch Gladbach: EHP.
- 2 Krell, Gertraude. 2001: Chancengleichheit und Fairness in der Leistungsbeurteilung. Personalführung 34 (11): 38-43.

Gabriele Abels, Joyce Marie Mushaben

Gendering the European Union. New Approaches to Old Democratic Deficits

ANGELIKA VON WAHL

Der gelungene Sammelband „Gendering the European Union. New Approaches to Old Democratic Deficits“ von Gabriele Abels und Joyce Mushaben analysiert die EU und ihre Geschichte, Institutionen, Akteure und Policies aus einer geschlechtsspezifischen Perspektive. Obwohl eine breite Übersichtsliteratur zur EU existiert, ist diese für feministische Fragestellungen eher unempänglich. Dagegen gelingt es den erfahrenen Herausgeberinnen und Autorinnen hier, durch eine systematisch geschlechtsspezifische Beschreibung, anschauliche Tabellen und Definitionsboxen und gründliche Analyse sowohl altbekannte als auch neue Themenbereiche in anderem Licht zu sehen. So eröffnet dieser Band Perspektiven auf das Zusammenwachsen Europas und die demokratischen Defizite dieses Prozesses, die es dringend gilt zu verstehen, die aber bisher wenig in der bestehenden Literatur vorkommen.

Unterteilt ist der Sammelband in zwei Abschnitte, der erste befasst sich mit klassischen Integrationstheorien und internen Veränderungen wie auch externen Prozessen der EU-Erweiterung und der Gender *aquis*, die neue EU-Mitglieder vor ihrer Aufnahme bewältigen müssen, während sich der zweite Abschnitt exemplarisch fünf Policyfelder herausgreift. Alle Kapitel sind lesenswert und von hoher Qualität. Im Folgenden werden fünf der zwölf Beiträge im Einzelnen behandelt.

Annica Kronsell eröffnet den Sammelband mit einer Darstellung und kritischen Diskussion existierender Theorien zur europäischen Integration. Vorgestellt werden der liberale Intergovernmentalismus, Neofunktionalismus, Mehrebenentheorien, Institutionalismus, Konstruktivismus und innenpolitische Erklärungen der Integration. Nach einer Darstellung der Grundannahmen jeder dieser Theorien diskutiert Kronsell, ob oder auf welche Weise feministische Analysen einen Beitrag zur Theoretisierung der Europäisierung leisten könnten. Besonderes Augenmerk legt die Autorin

dabei auf die folgenden Fragen: Was treibt die Integration nach Annahme dieser Theorien voran und wie verhält sich eine feministische Lesart dazu? Und welche bisher wenig beachteten Fragen würden innerhalb dieser Theorien durch eine geschlechtssensible Perspektive relevant werden? So konzentriert sich der Neofunktionalismus bekanntermaßen auf transnationale Interaktionen und „spill-over“, um die europäische Integration zu erklären. Feministische Fragestellungen würden hier u.a. nach der Rolle transnationaler feministischer Organisationen fragen und so zu neuen Erkenntnissen über den Integrationsprozess der EU gelangen. Kronsell kommt zu dem Schluss, dass sich konstruktivistische und Mehrebenenansätze am besten für ein solches „gendering“ eignen.

Ebenfalls von herausragendem Interesse ist der gut geschriebene Beitrag von *Alison Woodward*, der sich mit der Entwicklung der Geschlechterperspektive innerhalb der EU befasst. Woodward zeigt darin auf, wie und warum sich der Diskurs über die letzten 60 Jahre von Gleichbehandlung zum „diversity management“ gewandelt hat. Dabei bettet sie die sich verändernden feministischen Strategien gekonnt in den jeweils relevanten politischen Kontext mit seinen spezifischen Akteuren und Organisationen ein. Der Beitrag verdeutlicht in vier Phasen die Zusammenhänge zwischen feministischem Denken und den Erwartungen an die Policies in der EU. So waren zentrale Forderungen der frühen Frauenbewegung auf Gleichbehandlung und Gleichberechtigung ausgerichtet, was sich dann im Integrationsprozess, insbesondere in den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und der Gesetzgebung, deutlich niederschlug. Das Kapitel erinnert LeserInnen an den Ursprung erfolgreicher europäischer Frauenpolitik in ihren feministischen Diskursen und warnt vor einer Verwässerung derselben in heutigen Ansätzen, die zwar Inklusion groß-, Fraueninteressen aber kleinschreiben.

Teil II des Bandes stellt konkrete Fallstudien vor, die sich an einer Reihe feststehender Fragen abarbeiten: So wird hier der Ursprung der vorgestellten Policy, ihre Strategien und Instrumente über einen oft langen Zeitraum untersucht. Auch hier können nur zwei Beispiele vorgestellt werden und zwar die Kapitel von *Elisabeth Prügl* und *Maria Stratigaki*.

Wie andere Beiträge auch beginnt Prügl mit einer Vignette, die die LeserIn sofort in das Thema und die politische Dringlichkeit feministischer Analysen einführt: Hier werden der/dem Lesenden die nachhaltigen Hürden vor Augen geführt, denen sich Frauen auf dem Land, insbesondere Bäuerinnen, in der Berufsausübung sowie den Sozial- und Rentenansprüchen als „helfende Familienmitglieder“ traditionell gegenüber sehen. Da sehr lange der Großteil des EU-Budgets in die Finanzierung und Subventionierung der Landwirtschaft floss, wurde so durch die EU auch direkt die Zweitrangigkeit der Frauen in einem patriarchalen ländlichen Kontext festgeschrieben – anders als in den Gleichstellungsrichtlinien der Industrie- oder Dienstleistungssektoren. Im letzten Jahrzehnt ist diese traditionelle Ausrichtung durch die Globalisierung, den Abbau von Schutzzöllen und die Einführung von „gender mainstreaming“ allerdings erodiert, so Prügl. Die Wirtschaft im ländlichen Raum ist da-

bei sich zu diversifizieren und eröffnet so neue Möglichkeiten der Erwerbsarbeit für Frauen im Tourismus oder der regionalen Kultur. Nichtsdestotrotz lässt die Situation von Frauen durch die nachlässige Implementation der EU-Richtlinien auf nationaler und lokaler Ebene noch viel zu wünschen übrig und wirft so ein eher negatives Licht auf die Ausrichtung und Effektivität der EU in Geschlechterfragen.

Maria Stratigaki widmet sich der Sozialpolitik, insbesondere den Themen Anti-Diskriminierung, sozialer Inklusion und Absicherung (wie Renten). Das Kapitel gibt zunächst den bekannten Entwicklungsprozess der EU-Sozialpolitik wider. Aufgrund der Verankerung der Nicht-Diskriminierung im Vertrag von Amsterdam und den verschiedenen Vorläufern in der Gleichbehandlung sind die Rechte von ArbeitnehmerInnen gut geschützt. Hier wird der bestehende Unterschied zum Arbeitsmarkt zwar etwas verwischt, aber viele soziale Rechte leiten sich in der EU aus der Erwerbsarbeit ab. Stratigaki argumentiert, wie andere vor ihr, dass sich die EU-Sozialpolitik aus dem Markt ableiten lässt. So ist auch eine gerechtere redistributive für eine integrative Strategie aufgegeben worden. Sozialpolitik in der EU ist daher abhängig von der Verschränkung mit dem und der Verkürzung auf den Markt. Soziale Rechte, die sich in irgendeiner Form auf marktförmiges Verhalten beziehen können, werden von der EU besser abgesichert. Gleichzeitig ist dies eine verengte Definition des Sozialen, gegen die sich Feministinnen erfolgreich eingesetzt haben. Stratigaki geht sogar so weit zu argumentieren, dass die Antidiskriminierungs-Policies das (Selbst-)Bild der europäischen Gesellschaft wiederbelebt haben, weil sie „Gleichheit für Alle“ überzeugend propagiert (181). Allerdings unterminieren „gender mainstreaming“ und der schnelle Erweiterungskurs möglicherweise den besonderen Platz, den die EU-Sozialpolitik für Frauen lange gehabt hat.

Das Fazit der Herausgeberinnen, *Gabriele Abels* und *Joyce Mushaben*, nimmt noch einmal die Hauptthemen auf, gibt eine Übersicht der „Herstory“ der EU und verbindet die einzelnen Ergebnisse. Dabei stellen sie fest, dass erstens die Kategorie Geschlecht in einigen Policyfeldern mittlerweile diskursiv eine fast dominante Rolle spielt. Zweitens verdeutlichen sie, dass verschiedene Instrumente in den unterschiedlichen Entwicklungsphasen der EU eher erfolgreich bzw. erfolglos waren und dass drittens der politische Kontext uneinheitlich auf Gleichbehandlung, Antidiskriminierung und „gender mainstreaming“ gewirkt hat. Mit dieser notwendigen Differenzierung liefern die Herausgeberinnen einen nachhaltigen und wichtigen Beitrag zur EU-Literatur. Abels und Mushaben weisen nach, wie bemerkenswert die Inkorporation der Geschlechterfrage in EU-Gesetzgebung und EU-Dokumenten geworden ist und bezeichnen das Ausmaß erfrischend als „breath-taking in its normality“ (230). Sie kommen zu dem bemerkenswerten Schluss, dass gerade das Fehlen kodifizierter Regeln und etablierter Hierarchien die EU für Geschlechterfragen und Feministinnen geöffnet hat – und widersprechen damit der Forschung zu den sogenannten eher informellen „old boys networks“. So hat die noch relativ junge EU, die oft scharf für ihr „Demokratiedefizit“ kritisiert wird, gerade den traditionellen AußenseiterInnen in der Politik geholfen.

Insgesamt lohnt sich dieser wichtige Sammelband für WissenschaftlerInnen, StudentInnen und politisch Interessierte. Obwohl es manchmal zu inhaltlichen Überschneidungen zwischen den Kapiteln kommt, bringt jede Autorin eine wohl durchdachte und produktive Perspektive ins Spiel. Universitätsbibliotheken sollten dieses Werk auf jeden Fall in ihren Regalen haben, wenn sie auf der Höhe der Wissensproduktion in Geschlechterfragen und der EU sein wollen.

Gabriele Abels, Joyce Marie Mushaben (Hg.), 2012: *Gendering the European Union, New Approaches to Old Democratic Deficits*. Basingstoke: Palgrave Macmillian, 279 S. ISBN: 978-0230296459.

Bücher, die zur Rezension angefordert werden können

Andreas, Michael/Frankenberg, Natascha (Hg.), 2013: Im Netz der Eindeutigkeiten. Unbestimmte Figuren und die Irritation von Identität. Bielefeld: transcript Verlag.

Arcidiacono, Caterina/Testoni, Ines/Groterath, Angelika (Hg.), 2013: Daphne and the Centaurs – Overcoming Gender Based Violence. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Bender, Saskia-Fee/Schmidbaur, Marianne/Wolde, Antje, 2013: Diversity ent-decken. Reichweiten und Grenzen von Diversity Policies an Hochschulen. Weinheim: Beltz Juventa.

Bieber, Ina E., 2013: Frauen in der Politik. Einflussfaktoren auf weibliche Kandidaturen zum Deutschen Bundestag. Wiesbaden: VS-Verlag.

Binder, Beate/Ebell, Katrin/Hess, Sabine/Keinz, Anika (Hg.), 2013: Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnographisch und gendertheoretisch. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Binder, Kristina Anna/Bütow, Birgit/Eckert, Lena/Jendricke, Victoria/Teichmann, Franziska, 2013: Akademische Fachkulturen als Ordnungen der Geschlechter. Analysen zu (Un-)Doing-Gender-Prozessen in der Lehre. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Dautzenberg, Kirsti/Fay, Doris/Graf, Patricia (Hrsg.) 2013: Aufstieg und Ausstieg. Ein geschlechterspezifischer Blick auf Motive und Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft, Wiesbaden: VS Verlag.

Dehnavi, Morvarid, 2013: Das politisierte Geschlecht. Biographische Wege zum Studentinnenprotest von ›1968‹ und zur Neuen Frauenbewegung. Bielefeld: transcript Verlag.

Geber, Eva (Hg.), 2013: Der Typus der kämpfenden Frau. Wien: Mandelbaum Verlag.

Grisard, Dominique/Jäger, Ulle/König, Tomke (Hg.), 2013: Verschieden sein. Nachdenken über Geschlecht und Differenz. Frankfurt a. M.: Ulrike Helmer Verlag.

Guggenheimer, Jacob/Isop, Utta/Leibetseder, Doris/Mertlitsch, Kirstin (Hg.), 2013: »When we were gender...« – Geschlechter erinnern und vergessen. Analysen von Geschlecht und Gedächtnis in den Gender Studies, Queer-Theorien und feministischen Politiken. Bielefeld: transcript Verlag.

Günter, Andrea, 2013: Die Kultur des Ökonomischen. Gerechtigkeit, Geschlechterverhältnisse und das Primat der Politik. Frankfurt a. M.: Ulrike Helmer Verlag.

Gürsel, Duygu/Çetin, Zülfukar/Allmende e.V. (Hg.), 2013: Wer Macht Demo_kratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen. Münster: Edition Assemblage.

Haidinger, Bettina, 2013: Hausfrau für zwei Länder sein. Zur Reproduktion des transnationalen Haushalts. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Herausgeber_innenkollektiv, 2013: Fantifa. Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken. Münster: Edition Assemblage.

Hergenhan, Jutta, 2012: Sprache Macht Geschlecht: Sprachpolitik als Geschlechterpolitik. Der Fall Frankreich. Sulzbach: Ulrike Helmer Verlag.

Jacobi, Juliane, 2013: Mädchen- und Frauenbildung in Europa. Von 1500 bis zur Gegenwart. Frankfurt a. M., New York: Campus.

Jähnert, Gabriele/Aleksander, Karin/Kriszio, Marianne (Hg.), 2013: Kollektivität nach der Subjektkritik. Geschlechtertheoretische Positionierungen. Bielefeld: transcript Verlag.

Leitner, Sigrid, 2013: Varianten des Familialismus. Eine historisch vergleichende Analyse der Kinderbetreuungs- und Altenpflegepolitiken in kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Berlin: Duncker & Humblot.

Lutz, Helma/Schmidbaur, Marianne/Wischermann, Ulla, 2013: Klassikerinnen feministischer Theorie. Band III: Grundlagentexte ab 1986. Frankfurt a. M.: Ulrike Helmer Verlag.

Nickel, Hildegard Maria/**Heilmann**, Andreas (Hg.), 2013: Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven. Weinheim: Beltz Juventa.

Pittius, Katrin/**Kollewe**, Kathleen/**Fuchslocher**, Eva/**Bargfrede**, Anja (Hg.), 2013: Die bewegte Frau. Feministische Perspektiven auf historische und aktuelle Gleichberechtigungsprozesse. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Riegraf, Birgit/**Hacker**, Hanna/**Kahlert**, Heike/**Liebig**, Brigitte/**Peitz**, Martina/**Reitsamer**, Rosa (Hg.), 2013: Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Schiederig, Katharina, 2013: Mythos Diversity. Personalpolitiken in transnationalen Unternehmen. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Schröter, Susanne (Hg.), 2013: Geschlechtergerechtigkeit durch Demokratisierung? Transformationen und Restaurationen von Genderverhältnissen in der islamischen Welt. Bielefeld: transcript Verlag

Suda, Kimiko, 2012: Chinese Lala Organizing. Identität und Repräsentation lesbischer Frauen in Beijing. Berlin, Münster, Wien, Zürich, London: LIT Verlag.

Tazi-Preve, Mariam Irene, 2013: Motherhood in Patriarchy. Animosity Toward Mothers in Politics and Feminist Theory - Proposals for Change. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.